

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Band: 74 (2003)
Heft: 12

Artikel: Gut besuchte Curaviva-Fachtagung zu Bildungsfragen in Olten : anders wirs - und auch besser?
Autor: Steiner, Barbara
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-804828>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gut besuchte Curaviva-Fachtagung zu Bildungsfragen in Olten

Anders wirds – und auch besser?

■ Barbara Steiner

An einer Tagung von Curaviva zum Thema Bildung im Sozialbereich erläuterten Fachreferenten, welche Aufgaben noch anzupacken sind. Und sie diskutierten mit den Teilnehmenden über Geldverteilung und die Frage, wie praxistauglich Hochschulabsolvierende sind.

Einfach strukturiert war das Ausbildungsangebot im Sozialbereich schon bislang nicht. Die bereits eingeführten und noch bevorstehenden Neuerungen im Bildungswesen eröffnen zwar neue Chancen, sind aber auch mit zahlreichen offenen Fragen und Befürchtungen verbunden, wie sich an einer von Curaviva organisierten Tagung in Olten zeigte. Mit der revidierten Bundesverfassung werden die Gesundheits-, Sozial- und Kunstberufe (GSK-Berufe) in die Kompetenz des Bundes überführt. Voraussetzung für die Integration sind das neue Berufsbildungsgesetz, das voraussichtlich Anfang 2004 in Kraft treten wird, sowie das revidierte Fachhochschulgesetz. Johannes Flury vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT), Leiter des Projekts «transition», das die drei Hauptpartner BBT, Erziehungs- und Sanitätsdirektorenkonferenz im Hinblick auf die neuen Zuständigkeiten geschaffen haben, erläuterte den Tagungsteilnehmenden, wie weit die Vorbereitungsarbeiten auf den verschiedenen Stufen gediehen sind. Die ersten Erfahrungen mit dem Pilotprojekt Soziale Lehre seien positiv, bilanzierte Flury. Bei den Höheren Fachschulen sei der Fahrplan sehr



gedrängt. Ende Januar sollen sowohl Mindestvorschriften wie Anhänge zur Sozialpädagogik und Sozialbetreuung in eine Vorvernehmlassung geschickt werden. Im Bereich der Berufsbildung, für welche die Kantone vom Bund eine Pauschalentschädigung erhielten, träten die Sanitäts- und Sozialdirektorenkonferenzen künftig als Besteller, die Erziehungsdirektorenkonferenz als Leistungserbringer auf. Curaviva als Arbeitgeberin komme eine zentrale Rolle zu: Es liege an ihr zu definieren, welche Ansprüche die Ausbildung zu erfüllen habe. Auch Eusebius Spescha, Leiter der Höheren Fachschule für Sozialpädagogik Luzern, wies auf die Schlüsselposition von Curaviva im laufenden Gestaltungsprozess hin: Nur dann, wenn sie als überzeugende Arbeitgeberorganisation auftrete, liessen sich im Bereich der höheren Berufsbildung überzeugende Lösungen finden, hielt er fest. Es gelte, mit überbetrieblichen Kursen den Lehr-

Höhere Fachschule oder Fachhochschule? Die Praxiserfahrung ist bei beiden Schulmodellen wichtig.

Foto: rr

betrieben Hilfestellung zu bieten. Curaviva sei für diese vielfältigen Aufgaben gewappnet, versicherte Tanja Wicki, Projektleiterin Berufsbildung Curaviva. Als «Organisation der Arbeitswelt», wie sie im neuen Berufsbildungsgesetz vorgesehen sei, werde sich der Verband im gesamten Bildungsbereich für tragfähige Rahmenbedingungen einsetzen.

Spannungsfeld Hochschulen-Praxis

Monika Wohler, Leiterin des Fachbereichs Soziale Arbeit der interdisziplinären Fachhochschule für Technik, Wirtschaft und Soziale Arbeit St. Gallen (FHSG), zeigte sich froh darüber, dass die Soziale Arbeit künftig wie die Bereiche Wirtschaft und Technik in der Zuständigkeit des Bundes und nicht mehr wie bis anhin in Kantonskompetenz liegt. Die FHSG bildet in Rorschach gegenwärtig je 150 Studierende in Sozialarbeit und Sozialpädagogik aus, wobei das Interesse an der Sozialpädagogik tendenziell stärker wachse: «Die Studierenden entscheiden sich ganz bewusst dafür, weil sie eine kontinuierliche Beziehung zu den Betreuten punktuellen Kontakten, wie sie in der Sozialarbeit vorherrschen, vorziehen». Das Berufsverständnis der Studierenden sei Gegenstand eines Forschungsprojekts. Es gehe auch

darum herauszufinden, wie weit der immer wieder erhobene Vorwurf, dass Fachhochschulen die Auszubildenden zu stark «akademisierten» und sich zu wenig an den Bedürfnissen der Praxis orientierten, gerechtfertigt sei. Es habe sich gezeigt, dass Fachhochschul-Abgängerinnen und -Abgänger in der Regel, anders als manchmal behauptet, als Fachangestellte ins Berufsleben einstiegen und nicht gleich Führungspositionen anstrebten – dafür wären sie auch nicht qualifiziert. Praxis und Schulen, betonte Wohler, hätten die Ausbildungsverantwortung gemeinsam zu tragen.

Ausbildung im Baukasten-System

Ein Ausbildungsmodell, das sehr stark mit der Praxis verflochten ist, präsentierte Rudolf Jäggi, Leiter des Instituts für Persönlichkeitsentwicklung, Erwachsenenbildung, Qualitätsmanagement und Modulare Ausbildung (PEQM) mit Sitz in Dagmersellen und Schulorten in Zofingen (AG), Scharans (GR) und Bern. Sein Ziel ist die Aus- und Weiterbildung und Professionalisierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sozialer Institutionen. Das Angebot des PEQM besteht aus Bausätzen und Modulen, die sich den individuellen Ausbildungswünschen entsprechend kombinieren lassen und insbesondere den Bedürfnissen von Quereinsteigenden entgegenkommen. Jedes Modul wird mit einem Zertifikat, jeder Bausatz mit einem Diplom abgeschlossen. «So werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Schritt für Schritt professioneller und bleiben nicht mehrere Jahre lang Lehrlinge», erläuterte Jäggi.

Politiker verteilen

In der Diskussionsrunde unter der Leitung von Rita Galli-Jost, Redaktorin beim Schweizer Radio DRS, kam wiederholt die nach Ansicht mehrerer Votanten noch zu wenig klare Aufgabenteilung zwischen Höheren Fachschulen und Fachhochschulen zur Sprache. Wer einen Fachhochschulabschluss vorwei-

Sonderschulen vor der Kantonalisierung

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA) zwischen Bund und Kantonen, über welche die Stimmberechtigten nächstes Jahr abstimmen, will die Zuständigkeit für die Sonderschulen den Kantonen übertragen. Bislang wurde die Finanzierung der Bildung von Lernenden mit einer Behinderung zu einem wesentlich Teil über das Invalidenversicherungsgesetz garantiert. Es hatte auch einen harmonisierenden Einfluss. Werde die Chance verpasst, im Rahmen der NFA gesamtschweizerisch geltende Rahmenbedingungen zu schaffen, sei das Recht auf Bildung für Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen gefährdet, sagte Peter Walther, Direktor der Schweizerischen Zentralstelle für Heilpädagogik (SZH) Luzern, an der Curaviva-Tagung in Olten. Gerade die Schulung von Kindern mit einer schweren Behinderung ziehe keinen direkten ökonomischen Nutzen nach sich, und es bestehe die Gefahr, dass auf dem Buckel der Schwächsten gespart werde. Andererseits eröffne die Kantonalisierung auch neue Perspektiven: Kinder mit speziellen Lernbedürfnissen könnten in Zukunft allenfalls vermehrt in Normalschulklassen integriert werden, meinte Walther. Auch hier müssten indes Mindestvorgaben eingehalten werden, damit Integration nicht einfach zur Sparübung verkomme. Deshalb definierten Fachleute gegenwärtig Eckpunkte für Standards für das gesamte sonderpädagogische Angebot. Eine Diskussionsgrundlage soll demnächst publiziert werden. Die Projektverantwortlichen hoffen, von offizieller Seite einen Auftrag für die detailliertere Ausarbeitung zu erhalten.

(bas)

sen könne, werde sicher höhere Lohnansprüche haben als Absolventinnen und Absolventen einer Höheren Fachschule, auch wenn sich ihre Aufgaben kaum unterschieden, stellte ein Redner fest. Dies sei dann zutreffend, wenn der Lohn mangels Markt rein ausbildungsbezogen festgelegt werde, erklärte Johannes Flury, Projektleiter «transition». Einen «vernünftigen Markt» vermisst gegenwärtig auch Eusebius Spescha (hsl) noch. Er äusserte aber die Vermutung, dass in Zukunft die Funktion bei der Festsetzung des Lohns entscheidender sein werde als die Ausbildung. Es brauche im Sozialbereich mehr Leute mit anderen als intellektuellen Fähigkeiten, gab ein Votant zu bedenken. Ihn wies Flury darauf hin, dass im Sozialbereich künftig allen, die dies wünschten, ein Ausbildungsangebot zur Verfügung stehen soll. Interessierte mit einer «speziellen Lernbiografie» könnten beispielsweise auch eine zweijährige Lehre absolvieren. «Das neue Berufsbildungsgesetz ist ein solider, guter Wurf», so Flurys Einschätzung. Eine Teilnehmerin warf die Frage auf, welche Instanz denn auf kantonaler Ebene die Mittelverteilung steuere, wenn

alle Beteiligten versuchten, zu möglichst viel Geld zu kommen. Wer wie viel erhalte, werde auf politischer Ebene entschieden, antwortete Flury. Nach Ansicht Speschas wird Curaviva alles daran setzen müssen, um mit gezielter und wirksamer Lobbyingarbeit die Existenzgrundlage ihrer Mitglieder zu sichern: «Wer auf Weisheit hofft, gibt sich Illusionen hin. Hier herrscht ganz klar das Prinzip Druck-Gegendruck». Tanja Wicki stellte sich hinter Speschas Forderung, betonte aber gleichzeitig, dass Anstrengungen auf nationaler Ebene alleine nicht ausreichen: «Wir sind angewiesen auf die Unterstützung regionaler und kantonaler Organisationen, die ähnliche Interessen parallel auf kantonaler Ebene vertreten». Ein Votant regte für die Basisarbeit die Gründung regionaler Sektionen an - und fügte hinzu, dass nun wohl mit neuen politischen Spielformen Bekanntheit geschlossen werden müsse. Ein anderer Teilnehmer beurteilte die Lage ähnlich: «Wir sind es nicht gewohnt, uns zusammenzutun und uns gemeinsam zu wehren. Jetzt kommen wir nicht mehr drum herum, politisch aktiver und kräftiger zu werden». ■